

Politikbrief

01-2021 Informationen
des Verbandes
der deutschen
Rauchtabakindustrie

Tabaksteuer:
Ausgewogenes Modell sichert
Milliardeneinnahmen

1

Lobbyregister:
Gleiche Regeln für alle

3



100 Jahre VdR:
Anker der
Mittelstandspolitik

4

Littering:
Dichtung und Wahrheit

7



Ihr Ansprechpartner:

Michael von Foerster

Hauptgeschäftsführer

michael.vonfoerster@verband-rauchtabak.de

Telefon: +49 (0)30 20965650

Herausgeber:

VdR Verband der deutschen

Rauchtabakindustrie e.V.

Mauerstraße 13

10117 Berlin

www.verband-rauchtabak.de



Redaktionsschluss:

7. April 2021



TabakKultur.
Made in Germany.

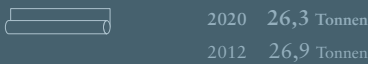
Verband der deutschen
Rauchtabakindustrie e.V.

01-2021 Informationen
des Verbandes
der deutschen
Rauchtabakindustrie

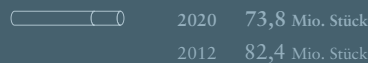
Tabakabsatz sinkt, Steuereinnahmen stabil

Differenzierte Steuersätze zwischen Zigaretten und Feinschnitt sichern dem Fiskus stabile Steuereinnahmen – trotz rückläufiger Absätze.

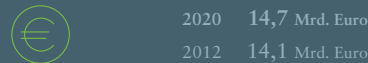
Feinschnittabsatz ↘ **-2,2%**



Zigarettenabsatz ↘ **-10,4%**



Tabaksteuereinnahmen ↗ **+4,6%**



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabaksteuer: Ausgewogenes Modell sichert Milliardeneinnahmen

Die Bundesregierung will die Tabaksteuer erhöhen. Einen entsprechenden Kabinettsentwurf hat sie Ende März vorgelegt. Positiv daran ist das Festhalten am ausgewogenen, differenzierten Tabaksteuermodell. Dieses hat sich in der Krise eindrucksvoll bewährt, denn trotz geschlossener Grenzen und fehlender Ausweichmöglichkeiten auf das grenznahe Ausland gab es keinen signifikanten Zuwachs auf dem Schwarzmarkt. Stattdessen griffen preisbewusste Verbraucher zum versteuerten Feinschnitt, der damit einmal mehr seiner fiskalischen Pufferfunktion gerecht wurde.

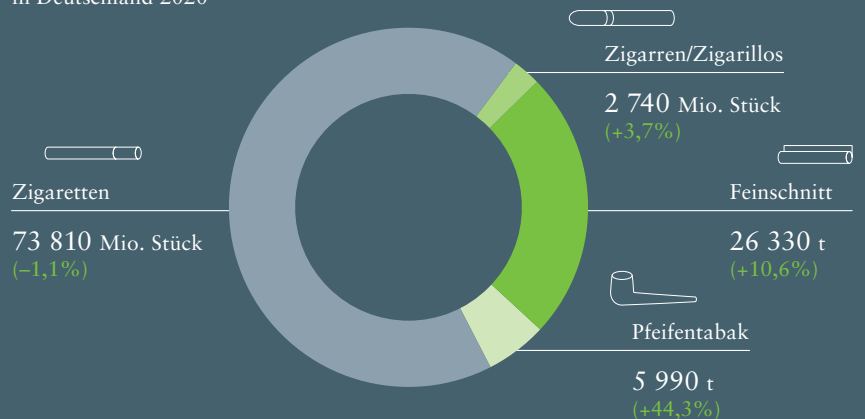
Steuererhöhungen: Unausgewogen und auch innerhalb der Ministerien umstritten

2020 flossen erneut 14,8 Milliarden Euro in den Bundeshaushalt – diese Mittel können mit dem Beschluss der Bundesregierung langfristig gesichert werden. Das ist angesichts der massiven Ausgaben in der Corona-Pandemie schließlich dringend geboten. Die geplanten, nach Tabakprodukten differenzierten Steuererhöhungen in den Jahren 2022 bis 2026 können für stetige Tabaksteuereinnahmen sorgen, auch wenn Feinschnitt im Vergleich zu Zigaretten überproportional hoch belastet wird. Ein weiterer Kritikpunkt: Während bei Zigaretten die Erhöhung in fünf Jahresschritten bis 2026 erfolgt, werden die Genussprodukte Pfeifentabak, Zigarren und Zigarillos bereits frühzeitig – nämlich 2024 – voll belastet. Hier sieht der VdR ebenso wie das Bundeswirtschaftsministerium Bedarf für Nachbesserungen. →

Tabakwaren im Wert von 28,8 Milliarden Euro versteuert

Der Absatz der Tabakwaren unserer Mitglieder ist im Trend der vergangenen Jahre relativ stabil. Wegen Infektionsschutzmaßnahmen der Corona-Pandemie, wie zwischenzeitlich geschlossene Grenzen und damit einhergehenden Einschränkungen von Auslandsurlaub, erhöhte sich 2020 die Nachfrage nach klassischen Tabakprodukten wie Feinschnitt, Zigarren und Zigarillos. In die Kategorie Pfeifentabak fallen auch Produkte wie Wasserpfeifentabak und Heat Sticks, die für das Absatzwachstum sorgten.

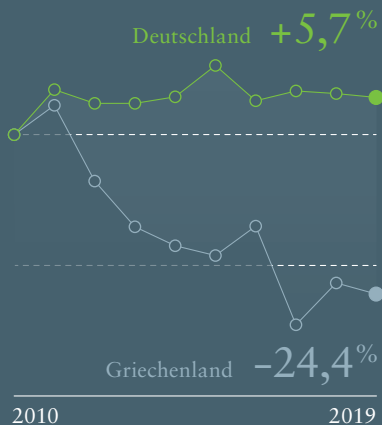
Der Markt für Tabakprodukte
in Deutschland 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabaksteueraufkommen – Entwicklung in Deutschland und Grie- chenland 2010-2019

Fakt ist: Eine zu große Erhöhung der Tabaksteuer auf klassische Produkte wie Zigaretten und Feinschnitt eignet sich nicht, um das Steueraufkommen zu erhöhen. Das zeigen alle bisherigen Erfahrungen. Trotz drastischer Steuererhöhungen ist das Tabaksteueraufkommen in Griechenland beispielsweise seit 2010 massiv gesunken. Anders in Deutschland: Maßvolle, ausgewogene Anhebungen sicherten nachhaltige und stabile Einnahmen.



Quelle: Europäische Kommission; indiziert 2010=100

Ausweitung der Steuern auf neuartige Produkte unerlässlich!

Mehreinnahmen versprechen die angestrebten Steuern auf Liquids für E-Zigaretten. Diese sind derzeit tabaksteuerfrei. Erstaunlich, da sie zum Teil Nikotin enthalten und aufgrund der sogenannten zytotoxischen Wirkung ein hohes Gesundheitsrisiko aufweisen. Die geltende Steuerfreiheit ist auch eine Folge fehlender Regelungen zu neuartigen Tabakprodukten in der EU-Tabaksteuer-richtlinie. Das führt zudem dazu, dass die Besteuerung von Tabakerhitzern EU-weit unterschiedlich gehandhabt wird. So wird sogenannter Heated Tobacco in Deutschland als Pfeifentabak klassifiziert und entsprechend gering besteuert. EU-Kommission und Rat sind übereingekommen, für neuartige Produkte eine eindeutige Zuordnung zur Tabaksteuer anzustreben. Im Sinne eines fairen Wettbewerbs fordert ebendies auch der VdR.

Vor diesem Hintergrund ist es um so frappierender, dass einzelne Hersteller von E-Zigaretten-Systemen die Politik zu massiven Steuererhöhungen beim Tabak drängen. Das offensichtliche Kalkül: Solange die E-Zigarette in Deutschland nicht besteuert wird, verschafft jede Tabaksteuererhöhung den Unternehmen einen weiteren Wettbewerbsvorteil.

Einheitssteuersatz gefährdet Tabakmittelstand

Ein für sämtliche Tabakprodukte geltender einheitlicher Steuersatz, wie von den Grünen gefordert, wäre für die größtenteils mittelständisch hergestellten Genussprodukte fatal. Denn für die seit Jahrzehnten erfolgreiche Differenzierung der Steuersätze zwischen Zigaretten, Feinschnitt, Pfeifentabak, Zigarren und Zigarillos sprechen eine Vielzahl von Gründen:

- **Produktunterschiede berücksichtigen:** Nur Zigaretten sind Fertigprodukte. Im Gegensatz dazu ist das Herstellungsritual bei anderen Tabakprodukten Teil des Genusses. Ob Blättchen, Filter oder Pfeifen: Der Kunde ist beim Drehen und Stopfen gefordert.
- **Tabaksteueraufkommen optimieren:** Dank der fein austarierten Differenzierung konnte die Tabaksteuer 2019 über 14,4 Milliarden Euro zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben im Bundeshaushalt beitragen.
- **Schmuggel bekämpfen:** Die „fiskalische Pufferfunktion“ des Feinschnitts begrenzt den illegalen Tabakhandel. Einkommensschwache Verbraucher finden eine legale Alternative zu Fabrikzigaretten und werden nicht auf den Schwarzmarkt gedrängt – eine deutlich effektivere Maßnahme als Track & Trace.
- **Zum Mittelstand bekennen:** Die Tabakkultur wird in Deutschland primär von kleinen und mittleren Tabakunternehmen gelebt. Sie stehen für eine traditionelle Produktvielfalt von 300 Feinschnittmarken, 700 Pfeifentabaken und 100 Kau- und Schnupftabakprodukten.

Einzig eine moderate und planbare Anhebung der Tabaksteuersätze kann das Steueraufkommen stabilisieren. Bei dem Zeitplan für die Erhöhungen ist eine zeitlich gestreckte Regelung auch für Pfeifentabak, Zigarren und Zigarillos erstrebenswert – insbesondere im Sinne der meist mittelständischen Hersteller. Mehreinnahmen können durch die Besteuerung von neuartigen Produkten generiert werden.

Lobbyregister: Gleiche Regeln für alle

Nach jahrelangen Diskussionen hat der Bundestag ein Lobbyregister beschlossen. Aufgrund vieler Ausnahmen ist die Regelung jedoch halbherzig. Der VdR spricht sich seit jeher für Transparenz aus – und für einen weitergehenden exekutiven Fußabdruck.

VdR steht für transparente Interessenvertretung

Die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie haben sich seit Bestehen der Bundesrepublik bewährt. Die Interessenvertretung ist dabei ein zentrales Element: Die Politik benötigt beispielsweise bei Folgenabschätzungen und Gesetzesinitiativen die Erfahrungen und das Know-how aus Wirtschaft und Gesellschaft.

In diesem Sinne bringt sich auch der VdR offen in den politischen Diskurs ein:

- *Offenlegung der Interessen:* Der VdR vertritt die Interessen seiner Mitgliedsunternehmen und wird ausschließlich durch diese finanziert. Anders als ein Teil der NGOs. Hier ist der wahre Absender ihrer Kampagnen oft nicht eindeutig erkennbar. Der VdR ist gemeinsam mit 2.300 weiteren Interessenvertretungen in der öffentlichen Verbändeliste des Bundestags gelistet, ebenso seit über zehn Jahren im EU-Lobbyregister. Die dort frei verfügbaren Informationen beinhalten unter anderem auch das in Brüssel eingesetzte Budget.
- *Offener Dialog:* Demokratie ist auch ein Wettstreit um die besten Argumente. Dem stellen wir uns. Unsere Interessen kommunizieren wir offen, zum Beispiel mit diesem Politikbrief, der auch online auf unserer Website verfügbar ist. Gleichzeitig trägt der VdR mit seiner transparenten Positionierung auf Social-Media-Plattformen wie Twitter, Facebook und LinkedIn zum öffentlichen Diskurs um Tabak- und Mittelstandsthemen bei.
- *Dokumentation der Gespräche:* Wenn die Tabakwirtschaft Gespräche mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium führt, kann sich darüber jeder interessierte Bürger auf der BMEL-Website informieren. Eine einmalige Transparenz, die für die Anti-Tabak-Lobby bisher nicht gilt.

Lobbyregister für alle Interessenvertreter – ausnahmslos!

Das verabschiedete Gesetz zum Lobbyregister sieht eine Registrierung von Interessenvertretern, einen Verhaltenskodex sowie Bußgelder vor. Der VdR begrüßt ausdrücklich das Ziel, die Entstehungsprozesse von Gesetzen transparenter zu machen. Einen echten Mehrwert schafft ein solches Register jedoch nur, wenn es alle Akteure im politischen Berlin einbezieht: Dazu zählen einerseits NGOs, Rechtsanwälte und selbstständige Politikberater – eben jene Strippenzieher, die heute schon weniger transparent agieren als wir Verbände. Andererseits sollte der exekutive Fußabdruck im Gesetzgebungsverfahren nachvollziehbar sein, also sollte ersichtlich sein, welche Gesetzestexte auf welche Weise in der Ministerialbürokratie durch Interventionen von Lobbyisten geändert wurden. An diesen Stellen hat das neue Gesetz Verbesserungsbedarf.

BMEL-Gespräche zum Thema Tabak seit 2014

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) verpflichtet sich, jedes Gespräch mit der Tabakwirtschaft zu dokumentieren. Seit 2014 gab es 33 Treffen, 14 davon unter Beteiligung des VdR. Mit welchen anderen Interessengruppen sich das Ministerium zum Thema Tabak austauscht? Dazu gibt es dort keine Auskunft.

14 Treffen
VdR

Treffen
Anti-Tabak-Lobby

?

Quelle: [BMEL](#)

„Lobbylisten“ in Berlin und Brüssel

Deutscher Bundestag:
[Öffentliche Liste über die
Registrierung von Verbänden
und deren Vertretern](#)



Europäische Kommission:
Eintrag des VdR im
[EU-Transparenzregister](#)



100 Jahre VdR: Anker der Mittelstandspolitik

Seit einem Jahrhundert setzt sich der VdR für die Belange der mittelständischen Tabakunternehmen ein. Zeit für einen Rück- und Ausblick mit dem Vorsitzenden des VdR, Patrick Engels, Geschäftsführender Gesellschafter Pöschl Tabak GmbH & Co. KG, und Michael von Foerster, Hauptgeschäftsführer des VdR.



„Wir denken nicht nur an morgen, sondern auch an die kommende Generation.“

Patrick Engels, Vorsitzender des VdR
und Geschäftsführender Gesellschafter
von Pöschl Tabak GmbH & Co. KG



„Der Mittelstand braucht ein Belastungsmoratorium.“

Michael von Foerster,
Hauptgeschäftsführer des VdR

Warum gibt es den VdR noch?

Michael von Foerster: Es gibt uns noch, weil wir seit 100 Jahren erfolgreich gegen Kartelle, global agierende Konzerne und gegen Verbotsphantasien und Mittelstandsfeinde bei den Politikern kämpfen. In unserer Gründungszeit in den 1920er Jahren bildete sich aus Handwerksbetrieben das heraus, was wir heute als Mittelstand bezeichnen: regional verankerte, solide und nachhaltig wirtschaftende Betriebe mit international wettbewerbsfähigen Produkten. Wir sehen uns traditionell als Anwalt mittelständischer Unternehmen in einer sehr stark regulierten Branche.

Wie sind die Besonderheiten von mittelständischen Tabakunternehmen?

Patrick Engels: Den größten Teil der deutschen Rauchtabakindustrie machen unsere familiengeführten Mitgliedsunternehmen aus, die in ihrer jeweiligen Region unternehmerische Verantwortung übernehmen. Die Herstellung von traditionellen Produkten wie Pfeifentabak oder Schnupftabak erfordert hohe Handwerkskunst.

Wie berücksichtigt das die Politik?

Patrick Engels: Der Gesetzgeber hat aus dem Blick verloren, dass überbordende Bürokratie in erster Linie den Mittelstand trifft. Ein Beispiel: Die Umsetzung der EU-Tabakprodukttrichtlinie 2 hat allein die im VdR organisierten Unternehmen einen hohen zweistelligen Millionenbetrag gekostet – ohne Aussicht, dass sich diese Investitionen eines Tages in irgendeiner Form amortisieren. Börsennotierte Tabakkonzerne können solche Kosten leichter schultern als der Mittelstand.

Michael von Foerster: Dass kleine Tabakproduzenten dabei auf der Strecke bleiben, ist kein Schreckgespenst, sondern bittere Realität. Seit Umsetzung der TPD2 mussten in Deutschland drei Traditionsunternehmen aus unserer Mitgliedschaft ihre Produktion einstellen, weil der Gesetzgeber sie schlicht überfordert hat. Zum Beispiel mit Verpackungsvorgaben, die neue, teure Maschinen erfordern und die ein Familienbetrieb sich kaum leisten kann. Und dies, obwohl der bestehende Maschinenpark absolut funktionsfähig war.



Geschichte des VdR

1920

Gründung als
Wirtschaftsverband
in Bamberg

1933

Auflösung durch
die Nationalsozialisten

1946

Neugründung
in Vlotho

1954

Verlegung des Sitzes
nach Bonn

1961

Fusion mit dem
Bundesverband der
Tabakwarenimporteure

1969

Ehrung des ersten
Pfeifenrauchers des Jahres,
Herbert Wehner

1990

Mitgründung
des europäischen
Verbands ESTA

2015

Verlegung des Sitzes
nach Berlin

Wie definieren Sie die Aufgaben des VdR?

Michael von Foerster: Wir sehen uns als Dienstleister unserer Mitglieder. Erstens liefert der VdR den Unternehmen Informationen, beispielsweise über Sachstand politischer Diskussionen. Zweitens geben wir juristische Hilfestellungen in industriepolitischer Hinsicht, vor allem für kleinere Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilung. Und drittens bündeln wir die Interessen unserer Mitglieder und vertreten sie gegenüber der Politik. So haben wir uns als verlässlicher Ansprechpartner für Ministerien und Abgeordnete etabliert. Wir sind nicht die bösen Lobbyisten, die Politiker korrumpieren; wir sind das Gegenteil und darauf sind wir stolz.

Wie hat sich die Politik im Laufe der letzten Jahre verändert?

Patrick Engels: Mich stört insgesamt die Tendenz, dass die Verbraucherschutzpolitik den Bürger nicht mehr für voll nimmt. Den Menschen wird nicht mehr zugetraut, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Fakt ist, dass rund ein Viertel der Erwachsenen gerne raucht. Das sollte die Politik respektieren.

Michael von Foerster: Leider sind einige politische Maßnahmen gut gemeint, aber schlecht gemacht. Wir sind uns alle einig, dass Tabakschmuggel bekämpft werden muss. Doch der einzige Effekt des 2019 eingeführten Rückverfolgbarkeitssystems Track & Trace für Zigaretten und Feinschnitt ist: Illegaler Tabak wird noch attraktiver. Denn der Fälscher kann EU-Richtlinien ignorieren und weiter die gewohnten Schachteln vertreiben, während die Tabakunternehmen Millionen investieren müssen. Die Preisschere zwischen legalen und illegalen Produkten geht dadurch noch weiter auseinander – das freut den Schwarzhändler.

Und deshalb sollte es gar keine Regulierung geben?

Patrick Engels: Aber natürlich. Aber eben gut gemacht! Damit wir uns richtig verstehen: Der Jugendschutz ist ein Beispiel für notwendige und sinnvolle Regulierung. Und sie ist erfolgreich – Jahr für Jahr nimmt die Zahl jugendlicher Raucher massiv ab. Was uns die Politik aber unter dem Deckmantel des Jugend- und Gesundheitsschutzes auferlegt, schießt in Teilen weit über das Ziel hinaus.

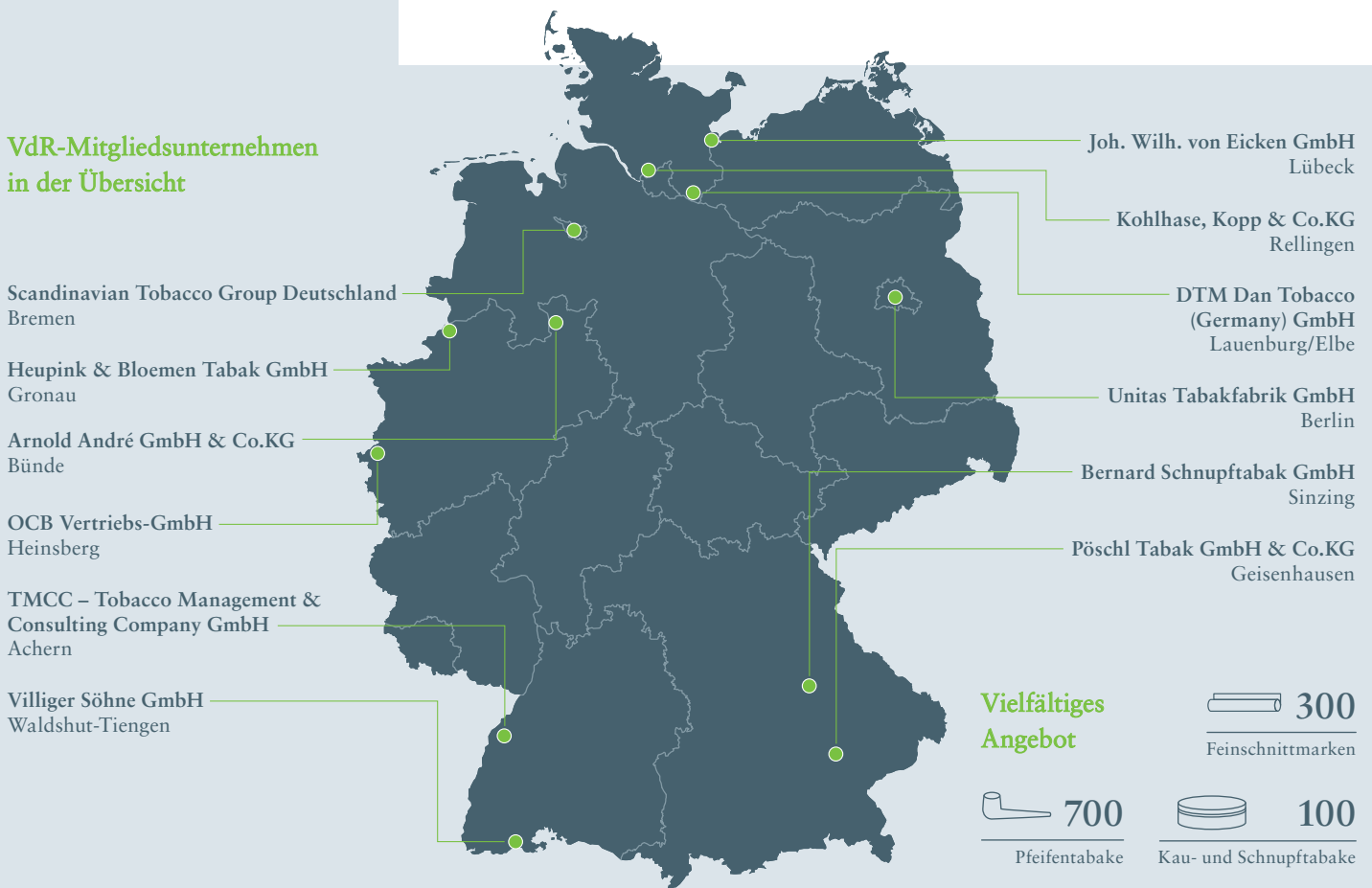
Wie geht es weiter mit dem Tabakmittelstand?

Michael von Foerster: Mittelfristig müssen wir unbedingt Track & Trace für die überwiegend mittelständisch hergestellten Genussprodukte wie Pfeifentabak und Zigarren/Zigarillos verhindern, zumal diese gar nicht geschmuggelt werden. Die beabsichtigte Einführung ab 2024 wäre ein weiterer Sargnagel für viele Traditionsunternehmen. Der VdR spricht sich daher – gerade auch angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation – für ein Belastungsmoratorium für den Mittelstand aus.



Patrick Engels: Und ganz allgemein gesprochen: Der VdR wird auch in Zukunft einen Beitrag leisten, dass Deutschland ein tolerantes Land bleibt. Ich denke, man sollte versuchen, das Leben zu genießen – egal, ob es für einen persönlich Kultur, gutes Essen oder eine Pfeife zum Tagesausklang bedeutet. Denn für etwas anderes ist das Leben zu kurz.

VdR-Mitgliedsunternehmen in der Übersicht



Vielfältiges Angebot

 **700**
Pfeifentabake

 **300**
Feinschnittmarken

 **100**
Kau- und Schnupftabake

Littering: Dichtung und Wahrheit

Achtlos fortgeworfener Müll ist inakzeptabel. Das gilt auch für Zigarettenkippen. Der VdR sieht in erster Linie die Verbraucher in der Verantwortung, ihren Abfall sachgerecht zu entsorgen. Allein den Herstellern höhere Kosten aufzudrücken, wie es die EU plant, hilft der Umwelt nicht weiter. Die EU jongliert offensichtlich mit falschen Zahlen.

VKU-Littering-Studie: als Grundlage für gesetzliche Regelung nicht geeignet

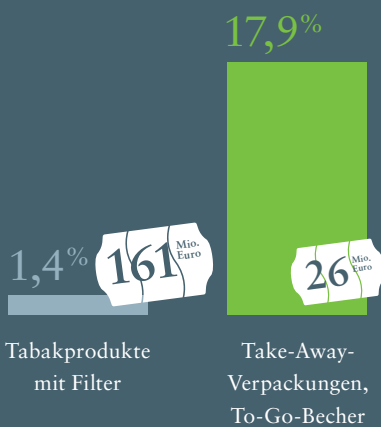
Die EU will die Zigarettenfilterproduzenten in die Pflicht nehmen. Sie sollen im Rahmen einer erweiterten Herstellerverantwortung die Kosten tragen, die durch Einwegkunststoffabfälle, also auch Zigarettenkippen, die oftmals einen Filter enthalten, durch das Aufsammeln und die Entsorgung verursacht werden. Bis Juli 2021 muss die entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden. Der Verband der kommunalen Unternehmen (VKU) hat im August gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium eine Studie vorgestellt, die Ansatzpunkte für eine rechtliche Regelung liefern sollte. Das Ergebnis ist nicht nachvollziehbar: Die Entsorgung von Zigarettenkippen im öffentlichen Raum soll bundesweit jährlich 225 Millionen Euro kosten. Obwohl Take-Away-Verpackungen und Einweggetränkebecher ungefähr das Dreizehnfache des Volumens ausmachen, fallen für deren Entsorgung laut VKU-Studie „nur“ 458 Millionen Euro an. Zwar ist einleuchtend, dass beispielsweise das Sammeln von Streumüll, worunter auch Zigarettenkippen fallen, aufwendiger ist. Mit welchem Faktor dies gewichtet wurde, geht aus der Studie jedoch nicht hervor. Glas-, Plastik- und Papierabfälle, „Take-Away-Artikel“, Kaugummis, Zigarettenkippen und Hundekot werden in der Gesamtheit gar nicht angesprochen.

Abbaubarkeit: Kippe schlägt Einwegbecher deutlich

Auf Zigarettenfilter verzichten Hersteller nicht, weil sie eine wichtige Funktion erfüllen: Sie reduzieren gesundheitsschädliche Substanzen im Tabakrauch. Als Material verwenden Hersteller üblicherweise Celluloseacetat. Anders als vielfach vermutet ist der biobasierte Kunststoff in der Natur – entsprechend den Umgebungsbedingungen – innerhalb weniger Monate bis zu einigen Jahren abgebaut. Ein Coffee-To-Go-Einwegbecher verrottet wiederum erst nach 50 Jahren. Zudem verwendet und entwickelt der Tabakmittelstand innovative Alternativen, wie Eco Paper Filters für Feinschnitttabak und biologisch noch besser abbaubares Filtermaterial aus reiner Zellulose.

Entsorgungskosten: Tabakfilter überproportional belastet

Anteil an Gesamtabfallmenge und Entsorgungskosten pro Volumenprozent



Quelle: VKU, Littering-Studie 2020

Konsumenten in die Pflicht nehmen, Bürger entlasten

Ziel sollte es sein, Müll im öffentlichen Raum generell zu reduzieren. Mit einer erweiterten finanziellen Herstellerverantwortung landet allerdings keine Zigarettenkippe weniger in der Umwelt. Dementsprechend muss der Verbraucher im Zentrum der Maßnahmen stehen, und Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten müssen konsequent durchgesetzt werden. Gleichzeitig muss die Politik die Frage beantworten, inwieweit für den Bürger die Abfallgebühren sinken würden, wenn die Hersteller die Entsorgungskosten für Zigarettenkippen übernehmen. Schließlich wird die Straßenreinigung gegenwärtig über die Müllgebühren auf die Haushalte umgelegt. Doppelt Abkassieren muss verhindert werden.

Staat lebt Lieblosigkeit vor

In der deutschen Hauptstadt hingegen quellen die Mülleimer über, Häuser werden beschmiert, die Grünanlagen nicht gemäht, die abgebrochenen Baumäste nach Stürmen liegen gelassen und auf den versteppten Mittelstreifen der großen Straßen wächst nicht einmal mehr das Unkraut. Das ist in Skandinavien, England und Frankreich ganz anders.

Der Staat lebt die Lieblosigkeit vor. Er mischt sich in alles ein und macht nichts richtig. So wie er Sozialstaat ohne Maß und Mitte ist, zittern ebenso die Städte unter der Last der primären Aufgaben. Nicht einmal mehr Verkehr und Wohnraum beherrschen die deutschen Kommunen. Die Ordnungsämter kommen nicht gegen die Unordnung und den Vandalismus an. Die Gesetze sind da, aber können ob der Fülle nicht angewandt werden. Das wird durch Umlage von Entsorgungskosten nicht besser. Wir zahlen und es wird trotzdem dreckig bleiben.